

## **Überblick weltweite Anti-Atombewegung**

**China:** Überraschend legte Peking nach der Katastrophe in Japan die Genehmigungsverfahren für alle Atomprojekte auf Eis. 27 Reaktoren befinden sich derzeit im Bau, 50 weitere waren in Planung. Diese Kehrtwende ist umso erstaunlicher, da die chinesische Regierung im gerade verabschiedeten 5-Jahresplan den Neubau von Atomkraftwerken mit großem Propagandaaufwand verkündete. China, der weltweit größte Energieverbraucher, wird nach der atomaren Krise Japans seine Ziele für Kernenergiekapazitäten für 2020 kürzen und mehr Solarparks bauen. Das Land wird sein Ziel für nukleare Kapazität von 80 Gigawatt reduzieren, kündigte der Vorsteher des Wirtschafts-Planers zur Entwicklung Erneuerbarer Energien bei einer Konferenz in Peking an.

**Russland:** Die Verunsicherung der Bevölkerung in Russland ist groß. Nachdem Putin zunächst die Atomkraft nicht in Frage stellen wollte, ordnete er am 15. März ein einmonatiges Moratorium zur Überprüfung der Sicherheitslage der Russischen AKWs. In der Sache ließ er aber keinen Zweifel, dass er in der staatlich unterstützten Atomenergie die Zukunft sieht.

**USA:** Trotz einer weiterhin großen Unterstützung der Atomkraft in den USA kommt der geplante starke Ausbau der Kernenergie kaum voran. Die erste US-Firma bremst nun die Entwicklungspläne für einen 10-Milliarden Atomreaktor aus. Die Unsicherheiten seien zu groß, so die Firma. Ein internes Dokument der Atomaufsichtsbehörde NRC (Nuclear Regulatory Commission) legt nun offen, dass innerhalb der Behörde kein Konsens zur Sicherheit der Atomkraft herrscht: Mitarbeiter äußern sich darin zweifelnd, ob Amerikas Kernkraftwerke wirklich ausreichend vor drohenden Gefahren geschützt seien.

**EU:** Die EU-Kommission will alle Atomkraftwerke in Europa einem Stresstest unterziehen und die Sicherheitsstandards neu überprüfen. Es soll unter anderem geprüft werden, ob die AKWs für Terrorangriffe und Stromausfälle gewappnet seien. In der EU gibt es insgesamt 143 Atomkraftwerke. Viele davon dürften einem ernst gemeinsten Stresstest nicht standhalten.

**Frankreich:** Das erste Mal in der Geschichte des Landes, gibt es große Demonstrationen gegen die nukleare Gefahr. Der größte Atomstromproduzent Europas hält bisher noch an der Pro-Atom-Linie fest, die Regierung in Paris will aber die Sicherheit aller AKWs überprüfen. Das geplante Vorzeigekraftwerk EPR in Flamanville verschlingt bereits jetzt schon zwei Milliarden Euro mehr als vorgesehen und wird voraussichtlich fünf Milliarden Euro kosten. Allerdings hält Präsident Sarkozy, der ja sogar Gaddafi Atomkraftwerke verkaufen wollte, an der Atomkraft fest.

**Belgien:** Auch Belgien zieht seine Konsequenzen aus Japan und wird die geplante Laufzeitverlängerung vermutlich revidieren. Knapp hinter der deutsch-belgischen Grenze steht in einer der erdbebenreichsten Regionen eines der ältesten AKWs in Europa: Tihange 1. Das ist nach Angaben von Experten bis zu einer Stärke von maximal 5,9 ausgelegt. Experten gehen davon aus, dass 6,5 bis 7,0 auf der Richterskala in der Region durchaus möglich sein.

**Italien:** Italien will nach dem Unglück im japanischen Unglücksreaktor Fukushima seine Pläne zum Wiedereinstieg in die Atomenergie für ein Jahr aussetzen. Zudem findet am 12. Juni ein Referendum über die Nutzung der Kernenergie statt.

**Polen:** Angesichts des Atomunfalls in Japan schließt Polens Regierungschef Donald Tusk ein Referendum über den Einstieg in die Atomkraft in seinem Land nicht aus, will dieses jedoch nur auf großen öffentlich Druck abhalten.

**Schweden:** In Schweden gibt es in der Bevölkerung keine Mehrheit mehr für den Ausbau der Atomkraft. 36 Prozent der Schweden sprachen sich in einer Umfrage für einen Atom-Ausstieg und nur noch 21 Prozent für den Ausbau aus. Bei einer Erhebung im Jahr 2008 waren noch knapp 50 Prozent für den Ausbau der Atomenergie. Trotzdem gehen die Pläne für ein atomares Endlager nahe des Kraftwerks in Forsmark weiter - am Mittwoch reichte das zuständige Unternehmen den Antrag bei den Behörden ein. Damit ist Schweden das erste Land in Europa, das ein fertiges Konzept für die Entsorgung von Atommüll hat.

**Österreich:** Die österreichische Regierung hat am 22. März einen Aktionsplan zum Ausstieg aus der Atomenergie beschlossen. Die große Koalition in Wien will sich demnach vor allem innerhalb der EU gegen die Nutzung der Atomkraft stark machen.

**Schweiz:** Die Regierung in Bern hat in Hinblick auf die japanische Katastrophe sämtliche Pläne für den Bau von neuen AKWs auf Eis gelegt. Grüne fordern den Ausstieg aus der Atomenergie bis 2024 und haben Unterlagen für eine Volksinitiative eingereicht. Auch die SP will bis spätestens 2025 den Ausstieg.

**Malaysia:** Nach monatelangen Debatten und trotz großer Sicherheitsbedenken beschloss die Regierung von Malaysia im Februar diesen Jahres ein erstes Atomkraftwerk zu bauen. Ausgerechnet Japan sollte beim Bau Hilfestellung geben. Jetzt, in Hinblick auf die nukleare Katastrophe in Japan machte die Regierung einen Schwenk und setzt nun doch auf Erneuerbare. Am Montag beschloss das Parlament ein Erneuerbares Energien Gesetz (EEG) nach dem Vorbild Deutschlands einzusetzen, um den Ausbau der Erneuerbaren Energien voranzutreiben. In 2020 sollen nach Angaben der Regierung bereits 2 GW Erneuerbare installiert sein.

**Indonesien:** Die Regierung in Jakarta verkündete, dass sie ihren Energiefokus nach Japan auf die Erneuerbaren konzentrieren werden. Atomkraft soll dabei keine größere Rolle mehr übernehmen.

**Vietnam:** Nach der Atom-Katastrophe in Japan überdenkt Vietnam Pläne zur Errichtung eines Kernkraftwerkes. Nach den bisherigen Plänen sollte der Bau des ersten vietnamesische Atomkraftwerkes 2014 beginnen und 2020 vollendet sein.

**Brasilien:** Brasiliens Präsidentin Dilma Rousseff wird den geplanten Bau von Atomkraftwerken überprüfen.

**Venezuela:** Venezuela legte ein in Kooperation mit Russland geplantes Projekt sofort auf Eis.